

n-tv.de 10.08.07

Freitag, 10. August 2007

UN soll Erklärung verabschieden Ureinwohner pochen auf Rechte

Ureinwohner in aller Welt wollen das Recht auf ihr eigenes Land und auf Selbstbestimmung in den kommenden Wochen bei den Vereinten Nationen in New York durchsetzen. Das bekräftigten ihre Sprecher am Donnerstag, dem Internationalen Tag der Eingeborenen Völker, bei Veranstaltungen bis in den Abend in New York. Demnach dringen Völker wie die Navajos in den USA, die Inuits in Kanada, die Uros in Peru und die Massai in Kenia darauf, dass die seit 22 Jahren erörterte Grundsatzerklärung zu den Rechten der etwa 300 Millionen Ureinwohner weltweit noch vor der 62. Vollversammlung Mitte September verabschiedet wird.

Kritiker der Erklärung, darunter Australien, Kanada und Russland, fürchten eine Zersplitterung ihrer Länder in eigenständige, selbstverwaltete Enklaven von Ureinwohnern. Da die eingeborenen Völker auch den Zugriff auf die Bodenschätze in ihrem Gebiet hätten, befürchten die betroffenen Länder darüber hinaus wirtschaftliche Verluste, wie aus Filmbeiträgen und Diskussionen in New York hervorging. Die EU hatte sich während der deutschen Präsidentschaft Anfang dieses Jahres klar für die Erklärung ausgesprochen.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bedauerte in einer Botschaft, dass die Ureinwohner in vielen Ländern unter Diskriminierung, einem Außenseiterdasein sowie extremer Armut und Bildungsnot zu leiden hätten. "Sie werden mit der Enteignung ihres angestammten Landes und damit ihres Lebensunterhalts konfrontiert, mit Abschiebung sowie der Zerstörung ihres Wertesystems, der eigenen Kultur und Sprache." Es sei höchste Zeit, dass die Welt den eingeborenen Völkern helfe, sagte Ban. Umgekehrt könnten die Ureinwohner mit ihrem Wissen über Natur und Umwelt die internationale Gemeinschaft in Fragen zum Klimawandel beraten.